

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Verlag: Bochum, Markt 11, Telefon 4300, 4301

Abonnementspreis durch Boten oder Post vierteljährlich 2,25 RM. (Einzelnnummer 50 Pfg.)
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile über deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Emsberg, Essen. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelshofer Straße 38/42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Wlbergand Bochum

Ein Mahnwort an die Reichsregierung.

Gegen Stilllegungswillkür, Katastrophopolitik und Wirtschaftsterror der Ruhrbergbauunternehmer.

Zimmer noch trägt die fürchterliche Welle der Arbeitslosigkeit, die tausend Kanäle der deutschen Wirtschaft verstopfen läßt, hunderttausende von zerfallenen Bergarbeitersfamilien auf ihrem breiten Rücken. Ganze Distrikte des Ruhrbergbaues sind verödet und wurden umgewandelt in sterbendes Land. Die Zechenstilllegungskampagne ist immer noch nicht beendet und Zehntausende von Ruhrbergleuten stehen einem ungewissen Schicksal gegenüber. Trotzdem es im Artikel 157 der Reichsverfassung heißt:

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“

heißt die Reichsregierung, die doch, den Verfassungsbestimmungen gemäß, amtieren soll, nicht im entferntesten daran, den Art. 157 in Anwendung zu bringen. Die Berufsorganisationen der Bergarbeiter leisteten die notwendige Vorarbeit, stellten entsprechende Ermittlungen an, machten Vorschläge über den einzuschlagenden Weg, wandten sich in einer besonderen Denkschrift an die Reichsregierung, richteten einen offiziellen Brief an das Reichsarbeitsministerium als verantwortliche Instanz und mußten zum Schluß feststellen, daß die verantwortlichen Korporationen des Reiches gar nicht daran denken, dem Geist des Artikels 157 der Reichsverfassung zu dienen.

Da aber die Verzögerungspolitik der Reichsregierung bezw. des Reichswirtschaftsministeriums die durch die Zechenstilllegungen verursachte Not nicht aus der Welt schafft und für die nächste Zukunft eine nachhaltige Besserung nicht in Aussicht steht, sah sich unsere Organisation gezwungen, vor die Öffentlichkeit zu treten und einen letzten Mahnruf an die pflichtsäumige Reichsregierung zu richten.

Kamerad Hufemann

über die Stilllegungswillkür im Ruhrbergbau.

Kamerad Hufemann gab in kurzen Strichen einen Überblick über die Entwicklungstendenzen des Ruhrkohlenbergbaues während der letzten 15 Jahre. Anhand einschlägiger Zahlenmaterials vermochte er zu zeigen, wie die erschütternden Wirkungen der Ereignisse seit 1913 bis heute die Produktionskurve aller maßgebenden Steinkohlenbergbau treibenden Länder in entsetzender Weise beeinflussten. Der deutsche Steinkohlenbergbau erhielt während der vergangenen Jahre seine besondere Note durch die Zwangslieferungen, die der deutsche Kohlenbergbau infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles an die ehemaligen Feindstaaten abführen mußte. Infolge dieser über das natürliche Maß hinausgehenden Nachfrage erlebte der deutsche Steinkohlenbergbau zeitweise eine mit der gesamten Entwicklung im Widerspruch stehende Aufblähung. Dem Zwischenstadium der Ruhrbesetzung im Jahre 1923 folgte dann die sogenannte Stabilisierungsperiode, während der die Unternehmer mit den rigorosesten Mitteln die geschwächte Position der Gewerkschaften zur Verankerung sozialrevolutionärer Maßnahmen zu benutzen versuchten. Unter dem Feldgeschrei: „Einführung der Vorkriegsarbeitszeit!“ begann der reaktionäre Vorstoß der Zehngewaltigen, und unter der Devise: „Vorkriegsarbeitszeit, Abbau der Löhne, Beilegung der sozialen Fürsorgeeinrichtungen!“ wurde die Kampfparole der geeinigten Unternehmerverbände, des Reichsverbandes der deutschen Industrie aus einer Denkschrift des Reichsverbandes an das Reichskabinett folgte dann am 20. August 1925 eine Denkschrift unseres Verbandes, die auf den internationalen Charakter der Krise hinwies und in der die Einstellung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Zechenstilllegungsmaßnahmen gefordert wurde. Diese Forderung wurde nachhaltig unterstützt durch eine Eingabe aller am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterorganisationen, in der darauf verwiesen wurde, daß ein solcher Ausschuss weitgehende Vollmachten erhalten würde und in der weiter das Verlangen nach finanzieller Abfederung der durch die Stilllegungen geschädigten Bergarbeiter erhoben wurde.

Diese Forderungen ergaben sich aus den praktischen Erfahrungen, die von den Organisationsvertretern in dem durch Verhandlung vom 27. Oktober 1924 gebildeten Stilllegungsausschuss gesammelt wurden. Dieser Ausschuss hatte keine weitreichenden Vollmachten und entwickelte sich deshalb zu einer Attrappe, hinter deren Kulissen sich die Stilllegungen fast programmäßig weiter entwickelten, so daß sich die Arbeiter- und Angestelltenvertreter nicht mehr an diesem Kabinettsschauspiel anzutreten. Bis zum

März 1926 wurden dann 79 Zechen, vornehmlich im südlichen Ruhrgebiet, stillgelegt und 68 000 Bergleute brotlos gemacht.

Trotzdem die Bergarbeiterorganisationen, gewigtigt durch alle diese Erfahrungen, positive Vorschläge an die Reichsregierung bezw. das Reichswirtschaftsministerium eingereicht hatten, die zur Grundlage von Verhandlungen dienen konnten, wurde kein positives Ergebnis erzielt, weil die Regierungsstellen selbst einer Regelung im Sinne der Arbeiterinteressen ablehnend gegenüberstanden und auch heute noch nicht ihren Standpunkt geändert haben. Das Reichswirtschaftsministerium hat in diesen Lebensfragen der deutschen Bergarbeiter eine geradezu unfaßbare Regierungspolitik getrieben und unter Anwendung unqualifizierter Verschleppungsmanöver eine endgültige Regelung dieser Frage bis auf den heutigen Tag zu verhindern verstanden.

Hufemann kam im Rahmen seiner weiteren Ausführungen auf die Quotenübertragungen zu sprechen und erhob nochmals die Forderung der Bergarbeiterorganisationen, die Quotenübertragung innerhalb der Konzernne zu verhindern, sie entweder bei Zechenstilllegungen ins Freie fallen zu lassen oder aber dem preussischen Staat zu überschreiben.

Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß diese Kundgebung als letzter öffentlicher Mahnruf an die verantwortlichen Regierungsstellen aufzufassen sei. Die Regierung muß endlich an ihre Pflicht erinnert werden, mitzuhelfen, geordnete Zustände im deutschen Bergbau zu schaffen.

Als zweiter Redner sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichswirtschaftsminister

Robert Schmidt

Er ging einleitend auf die Umgestaltung der Energiewirtschaft ein und forderte, daß der allgemein in die Erscheinung tretenden Umformung der Wirtschaftswerte auch im Bergbau im Sinne der Gemeinwirtschaft Rechnung getragen werden müßte.

Schmidt wies darauf hin, daß heute noch, trotz der Schicksalschläge, die uns die herrschende Wirtschaftsordnung gebracht hat, bei Zechenstilllegung zum großen Teil nur nach dem Vorteil der Quotenübertragung und nicht nach allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren wird. Wir müssen deshalb danach streben, der Regierung so viel Befugnisse zu geben, daß sie bei einem solchen wirtschaftsfeindlichen Verfahren eingreifen und Quotenverschleppungsaktionen auf jeden Fall verhindern kann. Das Ruhrkohlen Syndikat ist unter dem Druck drohender Regierungsmaßnahmen zustande gekommen, deshalb müßte sich die Regierung auch den notwendigen Einfluß auf die innere Gestaltung des Syndikats einermöglichen gesichert haben.

Die Frage der sozialen Verpflichtung gegenüber den durch die Stilllegungsmaßnahmen betroffenen Bergarbeitern muß ganz besonders prägnant in den Vordergrund geschoben werden. Genau so, wie die Kaliberarbeiter, die auf Grund des Reichskaliengesetzes bei Stilllegungen entschädigt werden, haben auch die geschädigten Steinkohlenbergarbeiter an der Ruhr ein Anrecht auf eine solche Entschädigung.

Auf die tausendfältige Verwendungsmöglichkeit der Steinkohlen hinweisend, hob der Redner hervor, daß hier noch große Aufgaben für die Zukunft zu erfüllen sind. Diese Aufgaben bestehen in der Umordnung vorhandener Werte können jedoch nur von einer Gesellschaft gelöst werden, die auf dem Boden der Gemeinwirtschaft steht und die Fesseln privatwirtschaftlicher Anarchie von sich gestreift hat.

Als Vertreter der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen des Bergbaues ergänzte Steiger Saltsell die Ausführungen der Vorredner und wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Stilllegungspolitik der Unternehmer sich auch für die Bergbauangestellten geradezu katastrophal ausgewirkt habe.

Der Amtmann Drefing aus Hörde schilderte die geradezu verzweifelte Notlage der durch die Stilllegungsaktionen betroffenen Kommunen des südlichen Ruhrgebiets. In seinem Amt z. B. muß der vierte Teil der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Auch auf diesem Gebiet müssen Mittel und Wege zur Abhilfe der heillosen Not gefunden werden, in die mit den betroffenen Gemeinden Zehntausende von Bergleuten mit ihren Familien verfallen.

Der Regierungspräsident König aus Arnberg wies darauf hin, daß eine Lösung der Krise mit den heutigen angewandten Mitteln auf die Dauer nicht gefunden werden könne. Die Krise habe ihren Höhepunkt immer noch nicht überschritten. Trotzdem der Regierung in Arnberg in diesem Jahre 300 Stilllegungsanträge vorgelegen haben, gehen immer noch weitere Anträge ein. Er werde versuchen, noch größere Mittel aus der produktiven Erwerbslofenfürsorge in das Ruhrgebiet an der Ruhr durch die Regierung leiten zu lassen. Jedoch könnten das immer nur vorübergehende Hilfsmaßnahmen sein. Eine endgültige Lösung kann nur in einer Umformung der Wirtschaftsstruktur und einer Anpassung an die Produktionsformen der Gemeinwirtschaft gefunden werden.

Das Ergebnis der Konferenz wurde dann in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt:

Entschließung.

Mit großer Sorge haben die wirtschaftlichen und politischen Vertretungen der Arbeiter und Angestellten des Bergbaues die unheilvollen Auswirkungen der fortgesetzten einseitigen Stilllegungsmaßnahmen in Deutschlands wichtigstem Kohlenrevier beobachtet und immer wieder ihre Stimme erhoben, um der Willkür und Planlosigkeit Einhalt zu bieten. Die Notlage der im Bergbau Beschäftigten und der Gemeinden bleiben unbeachtet. Den wohlbegründeten Vorschlägen der Gewerkschaften zur Umstellung des Bergbaues wurde von den verantwortlichen Stellen keine Folge gegeben, ja sogar einer bloßen Stellungnahme dazu ausgewichen. Dieses Verhalten muß ein Ende haben, und so sehr wir alle wünschen, daß es der Regierung und den Beteiligten gelingen möge, alsbald zu einer erträglichen, das Maß der Opfer gerecht abwägenden Regelung zu kommen, so wenig dürfen wir, in Kenntnis der enttäuschten und verbitterten Empfindungen in den Reihen der schwer geschädigten Arbeiter und Angestellten, den Hinweis unterlassen, daß weitere Latenzhaftigkeit die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen heraufbeschwört. Neben der Denkschrift des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und den weiteren Darstellungen der Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften des Bergbaues bietet die beschleunigte Durchführung der in einer Entschließung des Reichstages vom 30. April 1926 geforderten Prüfungs- und Schutzmaßnahmen einen Weg, der die anwachsende Vornehmigung im Bergbau hintanhaltend kann. Dieser Reichstagsantrag, hinter den wir uns nachdrücklich stellen, verlangte von der Reichsregierung „einen aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und Angestellten paritätisch zusammengesetzten Ausschuss einzusetzen, der bei beabsichtigten Betriebsänderungen und Stilllegungen im Kohlenbergbau befugt ist, eine Prüfung der Verhältnisse dieser Betriebe vorzunehmen. Zu diesem Zweck sind dem Ausschusse alle für die Beurteilung der beabsichtigten Maßnahmen notwendigen Unterlagen vorzulegen. Er hat das Recht, Sachverständige und Zeugen zu vernehmen. Die Stilllegung oder Einschränkung darf nur mit Zustimmung des Ausschusses erfolgen. Die Zustimmung ist nur zu erteilen, wenn die kommunalen Interessen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung berücksichtigt sind. Wird die Zustimmung erteilt, so sind die zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten zu entschädigen. Die Entschädigungsbeträge sind auf den Kohlenbergbau umzulegen.“

Es darf keine Zeit mehr verloren werden, um das hier Geforderte endlich in die Tat umzusetzen. An alle im Bergbau Beschäftigten aber lassen wir den Ruf ergehen, ihrem unbegreiflichen Willen zum Erfolge durch festen organisatorischen Zusammenhalt wirksam Ausdruck zu geben.“

Schwerindustrielle Gesundheitsbeter.

In ihrer Nr. 141 vom 19. Juni nimmt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu der Frage der Zechenstilllegungen und Quotenübertragungen Stellung. Sie wendet sich, ihrer Einstellung gemäß, gegen jedwedes Verbot der Quotenübertragungen, bekräftigt, daß es niemals spekulative Stilllegungen gegeben hat und kommt zu folgendem Schluß:

„Es muß sich auch die Erkenntnis durchringen, daß solche Maßnahmen, wie Verbot des Quotenverkaufs, den Rationalisierungsprozeß erschweren. Wer sich durch die Betrachtungen von Einzelschicksalen den Blick nicht verunreinigen läßt für wirtschaftliche Notwendigkeiten im Interesse der Gesamtheit, muß anerkennen, daß hier der Rationalisierungsprozeß, zumal im Ruhrgebiet, gesundheitsfördernd für die Wirtschaft gewirkt hat, muß aber auch weiter einsehen, daß der Rationalisierungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist...“

Die Schlussfolgerungen der „D. Bergwerks-Ztg.“ sind geradezu fasslich. Rund 200 000 Bergleute wurden seit 1922 aus dem Ruhrbergbau ausgestoßen. Ueber 79 stillgelegte Zechen im südlichen Ruhrbergbau während der letzten „Rationalisierungsjahre“ brachten allein 63 000 hohlenbändige Bergarbeiter zur Strecke, die dem Elend der Arbeitslosigkeit anheimfielen. Ganze Gemeinden und Bezirke verarmten, tiefengroß wuchs das Elend dieser „rationalisierten“ Distrikte empor und jetzt schreibt die gemüthvolle „D. Bergw.-Ztg.“, das seien nichts als „Einzelschicksale“! Ob diese Zeitung auch von Einzelschicksalen schreiben würde, wenn 63 000 Bergwerksdirektoren plötzlich sterben gehen müßten?

Zum Elend fügt diese Zeitung der Bergwerksunternehmer auch noch den Hohn. Der „Rationalisierungsprozeß“ soll „gesundheitsfördernd gewirkt haben. Die 3500 000 Bergarbeiter, Vollerwerbslose und Angeheuerte danken für diese „Gesundheitsförderung“ und wären gern bereit, derartige Gesundheitsfürsorge den hinter der „D. Bergw.-Ztg.“ stehenden Kreisen zu überlassen.

Wenn die „D. Bergw.-Ztg.“ behauptet, spekulative Stilllegungen habe es nicht gegeben, so möchten wir hiermit nur kurz daran erinnern, daß es einen Fall Eiberg, Alte Haase, Blankenburg im Hammerthal, Heinrich, Deutschland u. a. gegeben hat. Wenn eine Spekulation zugunsten besserer Profitmöglichkeiten nicht möglich gewesen wäre, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß von den 79 stillgelegten Zechen heute noch über 50 voll laufen würden.

Die Arbeiterschaft dankt für die Gesundheitsmethoden der schwerindustriellen Eisenbarbaren und sieht noch lange nicht ein, daß es notwendig sein soll, den unternehmerlichen „Rationalisierungsprozeß“ sich in der heutigen primitiven Form ohne jeden Widerstand weiter ausbreiten zu lassen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat sich in der Berichtswochen wenig geändert, da Entlassungen nicht zu verzeichnen waren und auch die Einstellungen sich in verhältnismäßig engen Grenzen hielten.

In der Berichtswochen fand eine Verhandlung wegen der Stilllegung und des Abbruchs der Zeche Hermann bei Bork a. d. Lippe statt. Nach den Ergebnissen dieser Verhandlung muß leider mit einem Schließen der genannten Zeche gerechnet werden, falls nicht öffentliche Mittel in sehr erheblichem Umfang für ihre Aufrechterhaltung aufgewandt werden.

Die Zahl der Freischichten betrug in der Woche vom 31. Mai bis 5. Juni wegen Abwärtstrends 7577, d. h. arbeitstäglich 1263, und wegen anderer Gründe 6090, d. h. arbeitstäglich 1015.

Wo bleibt die Bergpolizei?

Am 5. Juni ist auf der Schachtanlage Er in der Sauer Westhaus durch Kohlenfall zu Tode gekommen. Der Unglücksfall ist zweifellos im Anfang der Schicht erfolgt. Erst in der nächstfolgenden Schicht wurde Westhaus, bei dem schon die Leichenstarre fast eingetreten war, tot unter einem Kohlenhaufen von sechs bis sieben Wagen gefunden.

Es sei uns daher die offene Anfrage an das Bergrevieramt in Castrup-Kauzel erlaubt: Was gebietet das Bergrevieramt in Castrup-Kauzel zu tun, um auf der Schachtanlage Er in das Einmannsystem wirksam zu unterbinden?

„Drei Mann verschüttet.“

Diese trockene Mitteilung ging durch die Tagespresse. Das Bergrevieramt in Castrup-Kauzel gab folgenden amtlichen Bericht:

Am Mittwoch, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr, wurden auf der Zeche Graf Schwerin III durch Zubrechgehen eines Strebehebers in dem teils einfallenden Flöz 3 drei Mann (ein Sauer und zwei Bergeläuper) verschüttet. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da von oben immer neue Massen nachströmten.

Die Rettungsarbeiten ist allerdings fortgesetzt worden, jedoch wurde der dritte, und zwar der letzte tote Mann Tage nach dem Unglücksfall geborgen.

Im November sind in demselben Flöz unter demselben Abbaumethode ebenfalls drei Bergarbeiter verschüttet worden, von denen zwei tot und einer lebend geborgen wurde. Man braucht damals elf Tage bis zur Bergung des letzten Toten.

Man wird die Behörde einengen und dafür sorgen, daß Leben und Gesundheit der Bergarbeiter auf der Schachtanlage Graf Schwerin gesichert sind?

Ein Betrieb, wie er nicht sein soll.

Kein Danda für Bergarbeiter ist die Schachtanlage Holland 3-4-6 in Battenfeld. Bei den geringsten Kleinigkeiten regnet es die halbnackten Strafen. Dabei ist ja besonders Beamte hervor, die alle Urfaule hätten, erst einmal ihre Zuständigkeiten zu erweitern. Denn es ist nun einmal Tatsache, daß diejenigen Beamten, denen es an den nötigen sachmännlichen Kenntnissen fehlt, dieses Mandat zu erheben suchen durch sogenannte Sündenbögen.

Was sagt die Bergbehörde zu all diesen Exzessen? In deren Beantwortung die Tatsache der vielen Jünger- und Sondergeschichten nicht bekannt? Ist der Bergbehörde nicht bekannt, daß durch das Herunterfallen der Kohlen die Staubentwicklung und somit die Seelenschwächung durch Herunterfallen der Kohlen ist enorm.

Was sagt die Bergbehörde zu all diesen Exzessen? In deren Beantwortung die Tatsache der vielen Jünger- und Sondergeschichten nicht bekannt? Ist der Bergbehörde nicht bekannt, daß durch das Herunterfallen der Kohlen die Staubentwicklung und somit die Seelenschwächung durch Herunterfallen der Kohlen ist enorm.

ist, der schon wiederholt mit schmutzigen Fingern angetroffen worden ist. Der Tag wird und muß kommen, wo diesem System ein Ende bereitet wird. Wir verlangen, daß die gefährdeten Kohlen genau wie in anderen Staaten am Tage gewogen werden, damit jede Partei zu ihrem Recht kommt.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Die Grube Leopold

ein schwarzer Punkt im Bitterfelder Revier.

Die vom Stahlhelm beherrschte Grube Leopold bei Bitterfeld ist der Öffentlichkeit durch ihr „soziales“ Verständnis den Arbeitern gegenüber bekannt geworden. Die sehr hohen Krankenziffern, Unglücksfälle und ungeheure Fluktuation lassen am besten die Zustände auf dieser Grube erkennen.

Diese und ähnliche Fälle können beliebig vermehrt werden. Sie zeigen am besten die Menschenfreundlichkeit der Verwaltung und ihrer Helfershelfer. Der Dipl.-Ing. Heinz und Herr Wagner sind sehr willige Organe der Direktion und verstehen sich auf die Behandlung von Arbeitern.

Diese Mißstände auf Grube Leopold zeigen, daß es aller Kraft der Arbeiterkraft bedarf, hier wieder menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dazu gehört eine geschlossene Organisation, die den Arbeitern einen Rückhalt gibt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Anwachen des deutschen Eisen- und Stahlports.

Nach einer Zusammenfassung der Iron and Coal Trades Review hat sich der Anteil der deutschen Schwerindustrie an dem internationalen Eisen- und Stahlport ganz beträchtlich erweitert.

Table with 5 columns: Land, 1923, 1925, 1926. Rows: Deutschland, England, Amerika, Frankreich, Belgien.

Eine ganz gewaltige Steigerung, die die deutsche Eisenindustrie hier zu verzeichnen hat. Kein Wunder, daß die ausländischen Stahlproduzenten mit einer gewissen Angst der Konzentration und Nationalisierung der deutschen Schwerindustrie entgegenstehen.

Der Zwischenhandel frißt zu viel auf. — Kartellsperrn und Gewerkschaften.

Der Verband des Kohlen- und Kleinhändlers Stettin hat die Ausnahme von zwei neuen Mitgliedern abgelehnt, da ein Bedürfnis zu einer Vermehrung der Zahl der in Stettin tätigen Kohlenhändler nicht vorliegt.

Das Kartellgericht befaßte sich mit dieser Angelegenheit und erklärte u. a. auf die vorstehend angeführte Begründung zur Ablehnung der Aufnahme durch den betreffenden Verband folgendes: Der Verband führt zunächst bezüglich beider Antragsgegner aus, daß der Stettiner Großhandel überjert ist.

und mehrfache vergrößert. Daß eine solche Meinung allen Ernstes ausgeprochen wird, zeigt, wie jene Kreise das Wesen der Volkswirtschaft auffassen.

Untragbar ist aber auch der jetzige Zustand im Handel. Die 6-10 Prozent, mit denen unsere Wirtschaft durch die Erwerbslosen belastet wird, wären sehr viel leichter zu tragen, wenn der Ueberfüllung im Handel (die allerdings zum Teil auch wieder eine Folge der Arbeitslosigkeit ist) gesteuert werden könnte.

Fragen der Arbeiterversicherung.

Bezirksversammlungen der Knappschaft.

Salberstädter Knappschaft.

Der Junibeitrag zur Pensionskasse ist in der letzten Vorstandssitzung auf 10,60 Mk. je Mitglied für jede Seite festgesetzt worden. Der Vorstand beschloß ferner, von dem Verlangen nach der Beibringung ärztlicher Atteste für Witwen, die über 65 Jahre alt sind und die reichsrechtliche Witwenrente beantragen, abzugehen.

- 1. Entgegennahme des Jahresberichts über die Krankenversicherung für das Jahr 1924 und Bericht über die übrigen Versicherungszweige;
2. Vorlegung des Krankentassenvoranschlags für 1926;
3. Sondervorschriften;
4. Rechnungslegung der Krankenkasse;
5. Versammlung der Knappschafts- und Angestelltenältesten;
6. Stellungnahme zur Verteilung der Lasten nach der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz.

Von den Berichten zu Punkt 1 und 2 nahm die Bezirksversammlung ohne Debatte Kenntnis. Die Sondervorschriften die von den Versichertenvertretern begründet wurden, haben die Unternehmervertreter abgelehnt.

„Die Bezirksversammlung der Salberstädter Knappschaft erhebt gegen den Beschluß des 9. Ausschusses (soziale Angelegenheiten), nur 80 Prozent der Pensionslasten der Invaliden unter Ausschluß der Lasten für die Alterspensionen auf den Reichsknappschaftsverein zu übernehmen, Einspruch.“

Maasfelder Knappschaft.

Der Beitrag zur Pensionskasse wurde für die Monate Mai und Juni d. J. auf 10,80 Mk. für jede Seite festgesetzt. Der Vorstand nahm davon Kenntnis, daß eine Wahl des Angestelltenrats bei der Knappschaftsverwaltung nicht zustande gekommen sei.

Süddeutsche Knappschaft.

Bezüglich der Wiederbelebung verlorener Antwortschaften sind in der Sitzung vom 14. Mai folgende Nachtragsbestimmungen beschlossen worden:

- 1. Die Verwaltung soll bei laufenden Pensionen die Pensionsberechtigung für wiedererlebene Antwortschaften vornehmen und vorbehaltweise auszahlen, endgültigen Pensionsbescheid aber erst nach der Genehmigung durch den Bezirksvorstand erlassen.
2. Anerkennungsgebühren sollen nur für die Zeiten bezahlt werden, während welcher der Antragsteller nicht in Knappschaftlichen Betrieben beschäftigt war.
3. Als Beginn der erhöhten Pensionszahlung soll der 1. März 1926 gelten.

Auf Grund des Beschlusses über die Wiederbelebung der verlorenen Antwortschaften sind bisher 33 Kameraden die verlorenen Antwortschaften wiedererleben worden. Mit der Erweiterung des Krankenhauses in Benzberg soll bald begonnen werden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Bereinigungsbestrebungen.

Die Glasarbeiter haben sich in einer Delegiertenkonferenz mit 85 gegen 17 Stimmen für den Beitritt zum Keramischen Bund und damit zum Fabrikarbeiterverband entschieden, sobald der Porzellanarbeiterverband zugestimmt hat.

Der Fabrikarbeiterverband

gab in den letzten Jahren folgende Summen an Unterstützung aus:

Table with 3 columns: Year, Category, Amount. Rows: an Arbeitslose, an Reisende, an Kranke, Reichsbeitrag, Gemäßregelunterstützung, Umzugsgeld, Sterbegeld, Notlage-Unterstützung, Streikunterstützung.

Zusammen 1 848 999,55 4 338 933,55

